



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eimaer, M.: Zum südwestdeutschen Problem

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

was in ihn hineingeschrieben wird. Verträge, die gegen Vernunft und Möglichkeit verstoßen, werden durch die Macht der Tatsachen wieder umgestoßen werden. Unterschriften, durch die sich ein Volk zur Selbstvernichtung verpflichtet, wird die Geschichte auslöschen und das Volk wird weiter leben. Unterzeichnen? nicht unterzeichnen? Den kürzesten, schmerzlosesten Weg zum wirklichen Frieden zu suchen, der ja doch kommen muß, weil die Menschheit ohne ihn nicht mehr leben kann, das ist die verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in den kommenden entscheidungsschweren Tagen."

Die Wiedergabe der Hendersonschen Äußerungen und der anscheinend völlig davon unabhängige soeben zitierte Vorwärtsartikel finden sich in der gleichen Nummer auf der gleichen Seite. Unmerklich schwenkt der „Vorwärts“ um und verirrt in der äußeren Verschiedenheit der Beweisführung die Absicht, für den Hendersonschen Gedanken zu werben. Beide drücken, nur mit anderen Worten, denselben Gedanken aus: Unterzeichnen! Es ist kein endgültiger Friede (Scheinfriede), die Arbeiterschaft in den Ententeländern (die Macht der Tatsachen) hätte eine energische Waffe zugunsten Deutschlands (stößt Verträge gegen Vernunft und Möglichkeit um)! Ein gefährliches Spiel, bei dem ein unsicherer Wechsel auf ungewisse Möglichkeiten gegen die ganze Zukunft der Nation eingesetzt wird! Die mögliche Revision eines einmal unterzeichneten Friedens durch die „Macht der Tatsachen“ (eine andere Ausdrucksweise als der Einflüsterer Henderson anwandte) liegt in so nebelweiter Ferne, daß das deutsche Volk sich doch lieber die Frage vorlegen wird, ob unter den Vertrag die Unterschrift gesetzt werden soll oder nicht.

Den Kern der Sache trifft die „Frankfurter Zeitung“ — Nr. 238 vom 22. April — die jede Rücksichtnahme auf etwaige Druckmittel der Entente bei Unterschriftsverweigerung zurückweist und erklärt: „Aber unsere Auffassung vom Frieden darf durch solche Erwägungen nicht bestimmt werden. Wir haben nur zu überlegen, ob der uns zuge dachte Friede uns nicht in eine noch schlimmere Verflavung bringen wird und ob die Ablehnung nicht doch das kleinere von zwei Übeln ist. Es stehen in der Tat die größten Dinge für uns auf dem Spiel. Ob wir so oder so zugrunde gehen, kann uns gleichgültig sein. Es gibt Dinge, die ein großes Volk einfach nicht annimmt. Auf Verhandlungen sich einlassen, heißt dann schon von Anfang an sich auf den abschüssigen Weg begeben!“



Zum südwestdeutschen Problem

Von Studienrat Dr. M. Eimer



In der zweiten Hälfte des April haben in fünf Ländern und Landschaften — in Württemberg, Baden, Hohenzollern, dem bairischen Schwaben und Vorarlberg — bedeutsame Kundgebungen stattgefunden, die sich mit einer politischen Neugestaltung im alten schwäbischen Lande, das den Bodensee in nördlich gerichtetem Bogen umschließt, befassen. Es handelt sich um die Wiedervereinigung der im Laufe der Zeit politisch von einander getrennten Bestandteile des alten Herzogtums Schwaben, nun, wo die durch dynastische Begebenheiten gestalteten Grenzen der süddeutschen Länder nicht mehr die Berechtigung und die Bedeutung haben, welche sie besaßen, solange jene von Fürstentronen überstrahlt waren.

Der Name Schwaben und die Bezeichnung schwäbisch ist von allen den genannten Gebieten besonders von Württemberg mit Vorzug belegt worden, seitdem zu dem altwürttembergischen Besitzstand unter Napoleons Schützling, König Friedrich, die zahlreichen Reichsstädte, unmittlerbaren Klöster, reichsfreien Grafschaften und Ritterstände hinzugekommen waren, die noch heute als Ober-

Schwaben bezeichnet werden, während der Begriff „Niederschwaben“ nicht geläufig ist. Der Name Schwaben besteht ferner fort in dem bayrischen Kreise „Schwaben und Neuburg“ mit den Städten Augsburg, Nördlingen, Memmingen, Kempten, Lindau. Die Hohenzollern dagegen bezeichnen sich, obgleich sie „schwäbisch“ sprechen, jedenfalls politisch als Hohenzollern, und in Baden ist der Begriff des Schwäbischen vollkommen verschwunden, bzw. gänzlich dem Württembergischen überlassen worden. Der Schwarzwälder und der Bewohner der oberbadischen Rheinebene bezeichnet sich im Gegensatz dazu als Alemannen. In Vorarlberg vollends denkt kein Mensch daran, ein Schwabe sein zu sollen.

Trotzdem hat, wie gesagt, der Gedanke Wurzel geschlagen, die altschwäbische Gemeinsamkeit wiederaufleben zu lassen; ja, es gibt sogar in der alemannischen Schweiz Leute, welche ihm Interesse entgegenbringen.

Ausgegangen ist die Propaganda von Württemberg und hat dort auch schon wiederholt in der Landesversammlung warme Befürwortung gefunden. Baden folgte zögernd; aber trotz mehrfacher Einsprüche (z. B. von Seiten der Freiburger Handelskammer) hat das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“, Stellung dazu genommen, mit der Bemerkung, daß die Sache „eine gewisse Aufmerksamkeit verdiene“ und daß die Behandlung in der Öffentlichkeit „nützlich“ erscheine. In Hohenzollern ist der Kommunallandtag zu einem förmlichen Beschluß in der Frage gekommen, unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Grafen Brühl. Man stimmte zu, daß Hohenzollern „sich dem Zustandekommen einer Republik Schwaben“ nicht werde „entziehen“ können; daß „an sich kein Anlaß“ vorliege, sich von Preußen zu trennen; daß „das Volk gehört werden“ solle. In Bayrisch-Schwaben hat die Stadt Memmingen offen den Wunsch ausgesprochen, an Württemberg zu kommen; ebenso ist Neu-Ulm für den Anschluß an den Nachbarn. Vorarlberg ist zunächst für Anschluß an die Schweiz. Die Schweiz hat sich jedoch wenig „erobderungslustig“ gezeigt und bestimmte Bedingungen gestellt. Sollte es nicht zur Einigung kommen, so steht auch Vorarlberg dem Gedanken, sich einem neuen Schwaben anzuschließen, geneigt gegenüber.

So liegen die Dinge heute (Ende April). Man scheint sie in Norddeutschland mit einem gewissen Mißtrauen zu betrachten und in diesem Stammeserwachen eine separatistische Bewegung sehen zu wollen, wie sie leider im Rheinland und, was den Bestand Preußens betrifft, in Hannover vorliegt. Von Separatismus kann man im alten Schwaben aber nur im Hinblick auf den bayrischen Kreis und auf Hohenzollern sprechen, indem dadurch Bayern und Preußen angefaßt werden. Im Ganzen genommen handelt es sich um eine Einheitsbewegung, die das Reich als solches nicht absichtlich schädigend berührt, sondern im Gegenteil den Zielen derjenigen entspricht, die auch eine Zusammenlegung der thüringischen Kleinstaaten unter Einfluß von Erfurt oder die Schaffung eines rheinfränkischen und mainfränkischen Staatsgebildes befürworten.

Freilich hat die Gründung eines südwestlichen Freistaats Schwaben einen Haken. Das ist die stammliche Gestaltung Badens, das aus zwei ziemlich gleich großen Hälften besteht, von denen die eine fränkisch, die andere alemannisch (= schwäbisch) ist. Die fränkische Hälfte mit Mannheim und Heidelberg empfindet ihre Stammesart ebenso deutlich, wie man sie seinerseits in Württemberg verspürt. Aber die fränkische Stammesart neigt nicht nach Süden, sondern in die Rheinpfalz hinüber. Daher wird der Plan, Württemberg und Baden, so wie sie sind einfach mit einander zu vereinigen, hier empfindlich durchkreuzt, und andererseits läßt das badische Staatsgefühl den Gedanken einer Teilung nicht zu. Man ist deshalb auch auf den Gedanken gekommen, dem eigentlichen Schwaben nebst Nordbaden auch die Pfalz anzugliedern. Dies geht über das Stammesproblem natürlich weit hinaus und kann nur mit wirtschaftlicher Begründung empfohlen werden, um es überhaupt zur Besprechung zu bringen.

Es ist aber interessant, daß dies gerade von württembergischer Seite geschehen ist. Denn damit fallen alle Gründe, die sonst gegen eine politische „Gleichmacheret“ in Deutschland (im einheitlichen Sinne) erhoben werden, plötzlich

in Nichts zusammen: Der Rheinpfälzer ist „ein ganz anderer Mensch“ als der Schwabe, und doch liebäugelt man gerade in Stuttgart, wo man so stark wie sonst nirgends auf die Eigenart bedacht ist, damit, auch diese so ganz anders geartete Bevölkerung in das neue „Schwaben“ einzubeziehen. Freilich müßte dann der Name „Schwaben“ fallen, und es droht in diesem Falle die höchst ungünstige Bezeichnung „südwestdeutsche Republik“, — eine Bezeichnung, die namentlich für die adjektivische Anwendung sehr vom Übel wäre und sich niemals im Winkel am Ofen einbürgern würde. Und das ist doch sehr wünschenswert für eine vaterländische Bezeichnung.

Auf alle Fälle sieht man aus dem Gesagten wohl zweierlei: erstens, daß der Stein ins Rollen gekommen ist, daß er aber noch etwas stark hin und her springt; und zweitens, daß sogar hartnäckig partikularistisch veranlagte Länder in Deutschland ihre sonst so zäh festgehaltenen Grenzen und Grundsätze leicht preisgeben, wenn neuzeitliche Interessen auf dem Spiele stehen.

Das eigentümliche an der Sache ist nämlich, daß die private Bewegung, die den Gedanken in die Presse brachte, und die von Ulm ausgeht, ein so stark romantisches und gefühlsmäßiges Gepräge hat, daß man ursprünglich einen „Reichsstand“ Schwaben (jetzt: „Reichsland“) schaffen wollte und ein „Schwabenkapitel“ begründet hat, dem die Anhänger der Idee beitreten; daß aber aus dieser romantischen Bewegung eine selbständige wirtschaftliche geworden ist, die dann auch allein praktisch werbend weiterwirken kann.

Wenn Memmingen für Anschluß an Württemberg ist, so kommt es daher, daß der Kreis Schwaben und Neuburg von Bayern, namentlich verkehrstechnisch, sehr stiefmütterlich behandelt worden ist. Wenn Vorarlberg, nächst den Anschluß an die Schweiz, den an Schwaben (nicht aber an Bayern) plant, so ist das im Abzagh seiner Alpenwirtschafts- und Stickerieprodukte begründet, für welche Schwaben — aus eigenem Mangel an dergleichen — günstig liegt. Wenn man im nördlichen Baden nicht flammenden Einspruch gegen den Gedanken, schwäbisch werden zu sollen, erhebt, so ist es der Neckarfluß mit seiner Mündung bei Mannheim, der das Wunder zuwege bringt; und wenn man in Württemberg ganz besonders den Badenern „flattiert“ — die man sonst nicht gerade sehr dringend umwarb —, so sind es neben dem Neckar auch der Rhein und die Donau (bei Tuttlingen), und die damit zusammenhängenden sehr wichtigen materiellen Interessen, die den Wunsch besflügeln helfen — abgesehen natürlich von dem schmeichelhaften Moment, dem lieben Namen Schwaben weitere Grenzen und aufs neue einen guten Klang in der Welt geben zu können und Stuttgart als Hauptstadt eines so viel größeren Landes zu besitzen. Die Einbußen, die Karlsruhe erleiden würde, sind denn auch ein besonderer Gegen Grund für Baden, während die beiden Grenzstädte Rottweil (Württemberg) und Pforzheim (Baden) sich bezeichnenderweise für den Zusammenschluß einsetzen.

Sehr interessant aber ist es, ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen erkennen zu dürfen, daß die viel bedauerten „Rußpreußen“ im Hohenzollernschen gar nicht so eifrig dabei sind, das preußische „Foch“ abzuschütteln und sich den württembergischen Stammesbrüdern anzuschließen, wie man das in und um Stuttgart anfangs angenommen hatte. Auch hier sind wirtschaftliche Gründe maßgebend: der Kommunallandtag hat erklärt — ein Unikum in unserem Deutschland von heute! — daß die Finanzlage des Ländchens „vorzüglich“ sei. Preußen kann stolz hierauf sein. Dies Zeugnis widerlegt vieles von dem, was man sonst gegen die „Unfähigkeit“ Preußens zur Kolonisation und gegen seine moralische Werbefähigkeit zu sagen pflegt. Das Geheimnis ist nämlich, daß Hohenzollern sehr reichlich von Preußen bedacht wird, so daß sogar die Steuern in diesem Gebiet nicht so drückend sind, wie sie es z. B. dann wären, wenn Hohenzollern an Württemberg käme!

Die ganze Bewegung ist also lehrreich insofern, als wirtschaftliche Interessen angefangen haben, einen ganz ungemeinen politischen Wert in Deutschland zu bekommen. Dies ist für die Zukunftsentwicklung Deutschlands vieler-

sprechend. Die alten Grenzpfähle werden ganz von selbst fallen. Eisenbahnen, Flußläufe, Industriebezirke, Elektrizitätsquellen, Kanäle, Kohlenlager werden über alle die kleinlichen Bedenken schließlich siegen, die es heute noch bei so vielen für ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die jetzt bestehenden, geschichtlich gewordenen Grenzen, die uns soviel Übels im Innern bereiten, verschwinden könnten und jeder dennoch seine Eigenart behält.

Trotzdem aber kommt man um eine politische Erwägung bei der Betrachtung des südwestlichen Problems nicht herum. Ich sagte schon, daß es sich keineswegs um eine „separatistische“ Bewegung handelt. Aber eine andere Frage ist es, ob die Wirkung eines neuen südwestdeutschen Staatsgebildes nicht Separatismus erzeugen könnte. Zwischen Bayern und Württemberg bestehen leider so überaus wenig sympathisierende Fühlungs- und Berührungspunkte, daß man, zumal wenn das neue Schwaben sich auf Kosten Bayerns begründen sollte, von einem engeren Anschluß und damit von einer süddeutschen Koalition nicht mehr zu befürchten hätte, als man heute schon davon zu verspüren hat, wenn die Minister der süddeutschen Staaten sich zusammensetzen und gegen die Zentralisation konspirieren und protestieren. Überdies liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß Bayern in seiner heutigen Gestalt nicht mehr lange besteht, daß sich vielmehr ein mainfränkisches Gebilde davon ablöst.

Aber wenn neben einem großen Bayern auch ein großes Schwaben bestände, so läge gerade hierin an und für sich wohl weniger etwas Bedenkliches im gesamtdeutschen Interesse, als wenn sich ein solches Schwaben, entlang der französischen Grenze, bis gegen die Saar hin erstrecken sollte, d. h., wenn auch die Rheinpfalz mit einbezogen würde. Dann wäre die ursprüngliche Parole: Vereinigung alles in Deutschland gelegenen Altchwäbischen hinfällig, diese Parole, der man gewiß sympathisch gegenüberstehen darf, da sie Gefühlswerte hat, die alle Förderung verdienen.

Geht man aber allzuweit darüber hinaus, so bekommt die Sache ein anderes Gesicht. Mit dem Fallenlassen des Stammesgedankens entsteht ein süddeutsches Problem gegen alles übrige Deutsche, und — es sei wiederholt — entlang der französischen Grenze. Erst dieser Tage hat sich das „badiische Volksheer“ konstituiert; erst dieser Tage wieder ist in Württemberg von den A.- und S.-Räten verlangt worden, daß die militärischen Sondervorrechte Württembergs in vollem Umfange gewahrt bleiben sollen. Wird sich ein neues Schwaben herbeilassen, diesen Partikularismus aufzugeben? Wird nicht eine Regierung, die in Stuttgart über ein erheblich größeres Gebiet verfügt als heute, noch weit partikularistischer sein? Wird sie nicht erst recht vom Größenwahn erfaßt werden und glauben, nun erst recht gegen alles „Norddeutsche“, was der Inbegriff des Unheils und des Übels ist, Front machen zu müssen? Wird die Bevölkerung hierdurch nicht immer aufs neue mißgezogen, von der deutschen Sache weggeleitet und auf unüberlegtes Sympathisieren mit anderen Nachbarn hingelenkt werden? Man sage nicht, daß diese Bemerkung beleidigende Schwarzscherei sei! Im Jahre 1918 war im Südwesten in breiten Schichten das alte, verdammenswerte Wort: „Lieber französisch als preußisch!“ wieder so geläufig wie je.

Es soll nicht behauptet werden, daß diejenigen, welche das Problem staatsmännisch durchdenken, bewußt darauf abzielen, ein süddeutsches Gegengewicht gegen „Preußen“ zu schaffen. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Lagerung entstehen möchte, die noch weit betrüblichere Ergebnisse haben könnte, als die Ministerkonferenzen der süddeutschen Staaten sie im gesamtdeutschen Sinne und im Sinne des Fortschritts zur wahren Einheit zu haben pflegen. Freilich ist ja eine Überschätzung der Bedeutung eines solchen „Schwabens“ vom Uralberg bis zur Saar eben nur eine Überschätzung. Aber Bescheidenheit lehren, ist eine schwierige Sache: man denkt auch heute in Württemberg und Baden nie daran, daß diese Länder doch nur den kleinsten preußischen Provinzen an Umfang gleichkommen; man beansprucht völlige Gleichberechtigung mit dem so viel größeren Großstaat Preußen. Das neue Schwaben käme — ohne Vorarlberg und die

Pfalz — an Umfang doch immer nur etwa den beiden Provinzen Rheinland und Hessen-Nassau gleich; Preußen wäre immer noch um rund 300 000 Quadratkilometer größer!! Mit Bessarabien und der Pfalz wäre das neue Land etwa so groß wie Posen und Westpreußen zusammengenommen. Also für Größenwahn noch kein Grund! Dennoch aber läge die Gefahr nahe, daß eine mächtige Überschätzung der eigenen Bedeutung einsetzte. Und hier gleitet unser Problem in das andere hinüber: ob die Schaffung größerer Staatsverbände in Deutschland überhaupt ratsam ist, oder ob nicht eine allgemeine Aufteilung in etwa gleich große Kulturprovinzen mit Selbstverwaltung — aber ohne Staatshoheit — die beste Lösung wäre, um die alten Übelstände und die dauernden Verstimmungen im Reich zu beseitigen. Schwaben könnte dann als Kulturprovinz ebenso blühen und befruchten, wie als Staat, und mit der durch diese Kulturprovinzen geschaffenen Homogenität der einzelnen Reichsbestandteile wäre der sonst nimmermehr auszugleichende und zu verwischende Uebelstand beseitigt, der sich aus der Verschiedenheit der Größe und Machtmittel Preußens gegenüber den ihm verfassungsgemäß „gleichberechtigten“ kleineren ergibt und der auch in dem neuen Deutschland bei den Ansprüchen dieser kleineren in ihrer Gesamtheit nun einmal nur Schwächung unserer Lebenskraft bedeutet.

Sollte es also zur Bildung eines größeren Schwabens kommen, so wäre damit abermals eine Gelegenheit gegeben, erstlich an die Neugestaltung Deutschlands zu gehen, was durch Kurzsichtigkeit und Eigennutz bisher in Weimar leider vereitelt und hintertrieben worden ist.



Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Von Dr. Karl Buchheim



ie Novemberrevolution hat das alte Parteiwesen Deutschlands zwar nicht völlig aufgelöst, aber doch stark erschüttert. Vor allem ist mit dem Bismarckschen Reichsbau auch die „Partei der Reichsgründung“, die Nationalliberale Partei verschwunden. Als die demokratische Sammeltruppe in Berlin geblasen wurde, haben sich viele Nationalliberale der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen und den heterogenen Elementen dieses Lagers, das Dreiviertelssozialisten neben Manchestermännern und den Stimmführern des Börsenliberalismus umfaßt, noch ein neues hinzugefügt. Ein noch größerer Teil der alten Nationalliberalen ist aber zu der ziemlich verspätet gegründeten Deutschen Volkspartei gegangen, die zwischen den größeren Parteien in Weimar und im Preußenparlament ja etwas über zwanzig Sitze errungen hat und außerdem in den Landesvertretungen wenigstens einiger Bundesstaaten kleine Fraktionen hat bilden können. Es ist kein Zweifel, daß die Erfolge dort errungen wurden, wo die alten nationalliberalen Organisationen zur Volkspartei übergegangen sind. Was die Volkspartei augenblicklich hat, verdankt sie größtenteils dem nationalliberalen Erbe. Und so hat dann auch der erste Parteitag, der am 12. und 13. April in Jena stattgefunden hat, deutlich genug betont, daß man sich als Nachfolger der Nationalliberalen fühle. Es lagen sogar Anträge vor, die den alten Namen wieder hergestellt wissen wollten. Aber sie sind mit gutem Grunde abgelehnt worden. Daß trotzdem einige Redner mit einer gewissen Absichtlichkeit ihre nationalliberale Farbe hervorhoben, wird man alten Parteiveteranen nicht allzusehr verdenken. Auch Professor Kahl betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Partei habe nur ein neues Gewand übergezogen; der Geist sei der alte geblieben. Kahl dachte dabei, wie aus seinen Worten hervorging, hauptsächlich an den Geist der Pietät gegen das Kaisertum und den Bismarck-